

Christian Kellermann

## Sozialdemokratie und Finanzkapitalismus – ein Widerspruch

*Genau betrachtet passen soziale Demokratie und die derzeitige Struktur der Finanzmärkte nicht zusammen. Bemühungen um Gerechtigkeit, Sicherheit und Fortschritt hier, Spekulation, Kurzfristorientierung und egoistisches Streben nach Gewinnmaximierung dort. Doch dieser Gegensatz kann auch Ansporn und Herausforderung für politisches Handeln sein.*

### Christian Kellermann

(\* 1974) leitet das Büro der FES in Stockholm. Zuletzt veröffentlichte er (zus. mit Sebastian Dullien und Hansjörg Herr): *Der gute Kapitalismus... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste* (bei transcript).

christian.kellermann@fesnord.se



Mit der Finanzmarktkrise erlitt das Gehirn der Wirtschaft einen heftigen Schlaganfall. Zwar konnte das Finanzsystem zunächst stabilisiert werden, aber der Schock übertrug sich auf andere Wirtschaftsbereiche und nicht zuletzt auf die Staaten, die dem in die Krise geratenen Finanzsystem zu Hilfe geeilt sind. Deshalb ist die Lage in Europa auch immer noch derart instabil, dass ein weiterer finanzieller und wirtschaftlicher Kollaps nicht ausgeschlossen werden kann. Zwar hat die Krise des Euro verschiedene Ursachen, aber die Logiken der Finanzmärkte spielen eine wichtige Rolle – nicht zuletzt für die Sozialdemokratie.

Zu diesen Logiken gehören die Spekulation und die Kurzfristorientierung, das prozyklische und somit blasenhafte Verhalten der Finanzmarktakteure, ein gefährliches Ausmaß an Intransparenz über die eigenen Geschäfte, so dass man systemische Risiken kaum oder gar nicht erfassen kann, und eine entsprechend löchrige Bankenaufsicht. Ratingagenturen haben die Gefahren der Finanzmarktkrise nicht erkannt. Sie sind Teil des Systems und wenig geeignet, die ökonomische Lage hinreichend zu beurteilen. Angefeuert wird das risikoreiche

Verhalten der Finanzmarktakteure zum einen dadurch, dass man als Investor schnell in einen Rausch gerät. Die Droge ist der hohe Spekulationshebel vor allem im Schattenbankensystem. Zum anderen weil man entweder weiß oder diese Weisheit geschickt konstruiert, dass man »too big to fail« ist und man im Ernstfall aufgrund seiner eigenen »systemischen« Relevanz aus dem Schlamassel rausgeboxt wird.

### Gier und Angst statt Gerechtigkeit und Fortschritt?

Dank ernten die Retter des Finanzsystems und seiner Akteure dafür nicht. Und auch sonst bekommt man zu wenig zurück von Seiten der Finanzmärkte. Sie sind zu sehr mit sich selbst beschäftigt und vermögen es, noch mehr Geld aus viel Geld zu machen. Dagegen müsste man nichts einwenden, wenn die Logiken eines solchen Finanzkapitalismus nicht auch auf alle anderen Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft ausstrahlen würden.

Keine noch so gute Investition in Solaranlagen oder in eine Universität kann mit der Ackermannschen 25 %-Rendite konkurrieren. Die Wettbewerbssituation zwischen den Teilbereichen einer Wirtschaft wird mit einer solchen Zielmarke nicht mehr angeheizt, sondern die Investitionstätigkeit in gesellschaftlich produktive Bereiche gelähmt. Geld fließt logischerweise immer weiter in die Finanzsphäre und ermöglicht die hohen Renditen, stets

gepaart mit »Gier und Angst«, wie man in der Branche selbst sagt.

Gier und Angst sind das Gegenteil dessen, was Sozialdemokratie in einer Gesellschaft erreichen möchte. Gerechtigkeit, Sicherheit und Fortschritt stehen im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Gesellschaftsvision. Keines dieser Ziele ist vereinbar mit einem dominanten Finanzkapitalismus. Dabei geht es nicht um Neiddebatten oder scheinbar altmodische Umverteilungsfragen, sondern schlichtweg um das Funktionieren von Teilmärkten wie dem Finanzmarkt, unter deren Strich eine dynamischere, weil gerechtere Gesellschaft stehen sollte, und keine Destabilisierung von Ökonomie und Gesellschaft.

Es war entsprechend ein Fehler, dass sich die Sozialdemokratie dem – zugegeben – fast unwiderstehlichen Druck der Finanzmärkte in den 90er Jahren gebeugt hat und den später als »Heuschrecken« diffamierten Spekulanten freie Bahn in Europa gegeben hat. Akteure handeln nach Zwängen und Anreizen. Die Sozial-

demokratie muss demnach einen gesamtwirtschaftlichen Ansatz vorantreiben, in dem Finanzmärkte wieder »normaler« sind. Es geht nicht um das Ausbremsen einzelner spekulativer Akteure, sondern um die Veränderung der Kultur und des Systems der Finanzmärkte, die sich nach der Deregulierungswelle herausgebildet haben. Auf europäischer und internationaler Ebene hat zwar die Regulierung der Finanzmärkte bereits zum Teil Form angenommen, allerdings mit viel Schminke und zu wenig Substanz. Insofern wird auch die »Bubble-Economy« munter weitergehen und die Politik immer weiter an die Wand drängen.

### **Sozialdemokratischer Plan B**

Um den Merkelschen Scherbenhaufen – eher früher als später – zusammenzukehren und die großen Projekte Europa, solidarische Globalisierung und Wohlfahrtsstaat zu retten, braucht es einen sozialdemokra-

tischen Plan B, der auf den Lehren der Krise aufbaut und die Wirtschaft wieder als ein fortschrittliches Ganzes jenseits der regierenden Nullsummen-Logik sieht. Die Sozialdemokratie hat das Potenzial für eine solche Transformation, da sie die Interessen vieler in diesem Prozess Beteiligten in sich vereinen kann und zudem über das technische Know-how verfügt.

Entgegen den Behauptungen der zu Regulierenden selbst, ist der Komplexitätsgrad einer Reform der Finanzmärkte beherrschbar. Im Grunde dreht sich die Normalisierung der Finanzmärkte um vier Grundfunktionen, die dieses System zu erfüllen hat. Das Finanzsystem soll – *erstens* – durch frisch geschöpfte Kredite Unternehmen und insbesondere innovativen Unternehmern Investitionen ermöglichen. Zum *Zweiten* soll es durch die bessere Verteilung des Risikos insgesamt bewirken, dass mehr unternehmerische Risiken eingegangen werden können, was tendenziell zu einem höheren Innovationsgrad und höherem Wirtschaftswachstum führt. *Drittens* sollte ein ordentlich funktionierendes Finanzsystem Kredite an jene Sektoren und Unternehmen verteilen, die damit am ehesten nachhaltiges Wachstum erzeugen. Und *viertens* ist es seine Aufgabe, von einer Vielzahl von Sparern kleinere Summen einzusammeln und diese für größere Investitionsprojekte zur Verfügung zu stellen.

Um diese Grundfunktionen wieder in den Vordergrund einer Wirtschaft zu stellen, müssen ein paar Eingriffe bei den Spielräumen der Finanzakteure gemacht werden, die ihnen nicht gefallen werden. Dazu gehören auch Verbote von diversen schädlichen Finanzinstrumenten bis hin zu einer Risikominimierung für den Staat, wenn ein Finanzinstitut insolvent ist. Dazu gehört auch die systematische Einbindung des Privatsektors bei Staatsinvolvenzen, genauso wie die Schaffung eines automatisierten Liquiditätsmechanismus im Falle von temporären Zahlungsschwierigkeiten von Staaten. Das alles sind keine neuen

Ideen oder Forderungen. Seit Mitte der 90er Jahre werden sie in Fachkreisen und auf der Ebene des Internationalen Währungsfonds und anderen standardsetzenden Organisationen diskutiert und im Grunde für gut geheißen. Ziel war und ist es immer gewesen, den Drang nach »moralischen Wagnissen« des Finanzsektors zu minimieren. Natürlich ist es logisch, hohe Risiken einzugehen und dabei hohe Renditen zu kassieren. Wenn man weiß, dass das Risiko gar nicht so groß ist, da man den Schuldner nicht hängen lassen wird (Fall Griechenland), dann sind hohe Risikoaufschläge auf Zinsen allerdings nicht gerechtfertigt. Diese Kausalität zu durchbrechen, würde dazu beitragen, dass Preise wieder die richtigen Signale aussenden.

In ihrem symbiotischen Verhältnis zum Kapitalismus arbeitet die Sozialdemokratie kontinuierlich an der richtigen Signalwirkung von Preisen. Sei es der Preis von Arbeit, der Preis sauberer Luft, eines Bypasses oder abgebrochenen Schulabschlusses. Wo Preise nicht funktionieren oder Märkte einfach keinen Sinn machen, wird korrigiert und staatlich eingegriffen. Genau das muss dringend und substanziell auf den Finanzmärkten geschehen – das ist die zentrale Lehre aus der aktuellen, aber auch aus den Krisen der letzten beiden Jahrzehnte.

Keynes hatte im Jahr 1936 die Vision, dass Technologierenten – sprich Profite – innovativer Unternehmen zur einzig relevanten Quelle hoher Renditen werden sollten.

Für die sozial-ökologische Wende in Deutschland und Europa ist das kein schlechtes Ziel. Mit von Selbsterfüllung beraubten Finanzmärkten wird die Wende jedenfalls nicht gelingen. Die Sozialdemokratie hat die Kompetenz, um die destruktive Energie aus dem Finanzsektor in eine produktive, hochinnovative »green economy« zu übertragen. Der Hebel ist das Ende des Finanzkapitalismus, wenngleich nicht der Finanzmärkte.